



STIFTUNG
für die Internationalen Wochen
GEGEN RASSISMUS

Darmstadt, 26.02.2025

Pressemitteilung

Migration: Wir müssen reden!

Wochen gegen Rassismus bieten eine gute Chance

Der Wahlkampf ist vorbei: Jetzt muss auch die Hetze gegen Menschen mit Migrationsgeschichte und Fluchterfahrung dringend ein Ende haben. „Wir müssen dafür sorgen, dass endlich wieder ein anderer Ton herrscht“, sagt Jürgen Micksch, Vorstand der Stiftung gegen Rassismus, in Darmstadt. „Dabei sind wir alle gefragt.“ Die Internationalen Wochen gegen Rassismus vom 17. bis 30. März 2025 mit tausenden Veranstaltungen böten dafür eine gute Chance. Das Motto lautet: Menschenwürde schützen. „Diese Botschaft muss auch in der Politik wieder Priorität bekommen“, betont der Theologe. „Deshalb müssen wir reden, über Migration und Asyl. Und gemeinsam eine Wende herbeiführen.“ Es gelte, das friedliche Miteinander in den Fokus zu rücken.

Wichtig sei, sich wieder auf Fakten zu besinnen – und nicht blind der Rhetorik von rechtsextremen Kräften nachzueifern. „Das schadet Deutschland.“ Im Wahlkampf sei von den Parteien ein düsteres Bild gezeichnet worden. Rechtsextremen Kräften sei es gelungen, den Tenor in der Debatte komplett zu drehen: Kaum noch jemand habe darüber gesprochen, wie wichtig Migration für Deutschland ist, wie gut Integration in den allermeisten Fällen gelingt, wie wertvoll das Recht auf Asyl ist – und wie sehr unser Zusammenleben von Vielfalt bereichert wird. Stattdessen seien die Menschen fast ausschließlich als Bedrohung dargestellt worden. Die Forderungen drehten sich nur darum, wie Deutschland diese Menschen aufhalten und loswerden kann. „Diese Debatten haben für von Rassismus Betroffene eine schlimme Wirkung, bis hin zu Gewalt“, betont der Vorstand der Stiftung gegen Rassismus. „Damit muss Schluss sein. In unser aller Interesse.“

Veränderungen in der Gesellschaft ließen sich vor allem von unten bewirken, betont Jürgen Micksch. Zehntausende Menschen gingen aktuell auf die Straße und setzten der rechten Hetze etwas entgegen. Diesen Wind gelte es, jetzt in die Politik zu tragen. Dafür seien Gespräche mit lokalen Vertreter*innen demokratischer Parteien sinnvoll. „Schließlich haben wir sie gewählt.“ Eine gute Idee sei, dass sich Initiativen vor Ort – von Kirchengemeinden über Menschenrechtsgruppen, Gewerkschaften und Umweltverbänden bis hin zu Sportvereinen – zusammentun und gemeinsam einen Dialog mit den Parteien einfordern. „So hat unser Wort mehr Gewicht.“ Und so ließen sich die Themen viel besser setzen, die dringend auf die politische Agenda gehörten. Auch in den Koalitionsverhandlungen. Dazu zählt zum Beispiel ganz dringend, Integration zu fördern, Menschenrechte zu stärken, Respekt einzufordern – und Hass keine Chance zu geben. „Für eine gute Zukunft – für uns alle.“

Weitere Auskünfte erteilt Isabel Schmidt, Stiftung gegen Rassismus, Goebelstr. 21a, 64293, Darmstadt, Tel.: 06151/339195, Handy: 0176/97730292, Mail: si@stiftung-gegen-rassismus.de